

Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis – Wintersemester 2020/21

Veranstaltungsnummer:

S 103

Titel der Lehrveranstaltung:

Staat und Verwaltung im Prozess der europäischen Integration und der Globalisierung

Fachbeschreibung (Inhalt, behandelte Themen):

Die wachsende weltweite Verflechtung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Sachverhalte hat eine Europäisierung und Internationalisierung des Rechts und der Politik zur Folge. Immer mehr Materien, die ursprünglich dem nationalen Gesetzgeber vorbehalten waren, wandern auf die supra-nationale und völkerrechtliche Ebene ab oder werden durch sie gesteuert. Dies erfordert erhebliche Anpassungsleistungen von Staat und Verwaltung. Zugleich sind neue Formen und Verfahren der Beteiligung nationaler Akteure an überstaatlichen Willensbildungsprozessen zu entwickeln.

Diese Phänomene sollen anhand ausgewählter Beispiele untersucht werden.

Folgende Themen sind vorgesehen:

1. Grundrechtsschutz im europäischen Verfassungsverbund I

- a. Die Europäische Menschenrechtskonvention als „living instrument“
- b. Die Anwendung der Europäischen Grundrechtecharta durch den EuGH

2. Grundrechte im europäischen Verfassungsverbund II

- a. Die EMRK als Prüfungsmaßstab des Bundesverfassungsgerichts?
- b. Die Europäische Grundrechtecharta als Prüfungsmaßstab des Bundesverfassungsgerichts?

3. Wie weit reichen die Kompetenzen der Europäischen Zentralbank?

- a. Die geldpolitischen Maßnahmen der EZB zur Stabilisierung der Finanzmärkte
- b. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Staatsanleihekaufprogramm der EZB

4. Bekämpfung der Covid 19-Pandemie

- a. Nationale Maßnahmen
- b. Überstaatliche Zusammenarbeit

5. Friedenssicherung

- a. Die Rolle der Vereinten Nationen bei der Lösung militärischer Konflikte
- b. Was kann und sollte die NATO noch leisten?

6. Die Durchsetzung umweltrechtlicher Standards

- a. Der Ansatz der Århus-Konvention
- b. Welches Potential bietet „Nudging“?

7. Klimaschutz

- a. Die Implementierung des Pariser Abkommens vom 12. Dezember 2015 in Deutschland
- b. Klimaschutzpolitik der Europäischen Union

8. Solidarität und soziale Rechte

- a. Trägt das Recht der Europäischen Union zu einem höheren sozialen Schutzstandard der Unionsbürger bei?
- b. Wie weit reicht das unionsrechtliche Gebot der Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten?

9. Sicherheit im Internet

- a. Europäische Zusammenarbeit im Bereich der Cybersicherheit
- b. Persönlichkeitsschutz im Internet

10. Die Europäische Union als Wertegemeinschaft

- a. Inwieweit sind Werte rechtlich zu fassen?
- b. Schutz der Werte durch Vertragsverletzungsverfahren vor dem EuGH?

Lernziele (Didaktisches Konzept, Lehr- und Lernziele):

Das Seminar zielt neben der Vermittlung von Kenntnissen des öffentlichen Rechts sowie des Europa- und Völkerrechts auf die Entwicklung der Fähigkeit der Teilnehmer, Entgrenzungs- und Verflechtungsphänomene zu identifizieren und daraus Schlussfolgerungen für die Interpretation und Weiterentwicklung des Rechts zu ziehen. Neben den rechtlichen Gesichtspunkten soll insbesondere auch die politische Dimension der Europäisierungs- und Internationalisierungsphänomene erörtert werden. Dabei soll das Seminar für die Unterscheidung der verschiedenen Analyseebenen sensibilisieren.

Der Schulung des nicht fall-, sondern themenbezogenen wissenschaftlichen Arbeitens dient insbesondere die schriftliche Ausarbeitung. Der mündliche Vortrag, der die Seminarteilnehmer in klarer und anschaulicher Sprache in die Aspekte des Themas einführen soll, bietet zugleich die Gelegenheit zur Übung freier Rede.

Voraussetzungen für die Erteilung eines Scheins:

- schriftliche Ausarbeitung (ca. 15 Seiten)
 - mündlicher Vortrag (maximal 30 Minuten)
 - aktive Beteiligung an der Diskussion
- Gasthörer werden nach Absprache mit den Seminarleitern zugelassen.

E-Learning:

Die Lehrveranstaltung wird als Online Seminar über das Webkonferenzsystem BigBlueButton angeboten. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird hierzu ein Einladungslink per Mail bereitgestellt.

Die Lehrmaterialien sind über die Online Plattform OLAT verfügbar.

Vorbereitung (Literaturhinweise, Links, sonstige Informationen):

Das Seminar gehört zum Wahlpflichtmodul III (Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung) des Masterprogramms "Administrative Sciences" und kann im Rahmen des Masterstudiengangs "Staat und Verwaltung in Europa (LL.M.)" gewählt werden. Im Rahmen der verfügbaren Plätze steht es auch Studierenden anderer Programme offen.

Grundlage der Bewertung sind eine schriftliche Ausarbeitung (ca. 15 Seiten), ein Vortrag (maximal 30 Minuten) sowie die Beteiligung an der Diskussion. Die Themen für die Sitzungen am 12. und 19. November 2020 werden vorab vergeben. Ansprechpartner ist Herr Carsten Willing (Lehrstuhlgebäude, Zi. 207, Tel.: 06232 654-334, willing@uni-speyer.de).